

Die Entwicklung der Einstellungen der Bevölkerung zu EU und Währungsunion

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2015). *Die Entwicklung der Einstellungen der Bevölkerung zu EU und Währungsunion* (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-464416>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Die Entwicklung der Einstellungen
der Bevölkerung zu
EU und Währungsunion**

INHALT

	Seite
BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN REGIERUNGSKURS	1
VERBREITET SKEPSIS GEGENÜBER DER GEMEINSCHAFTSWÄHRUNG	8
MEHR KRITIK AN DER EU	12
NUR BEGRENZTES VERTRAUEN IN DIE EU UND IHRE INSTITUTIONEN	18
WACHSENDE UNTERSTÜTZUNG FÜR GEMEINSAME ZUWANDERUNGSPOLITIK	21

TABELLEN-TEIL

	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN Tabelle

Europäische Union

Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Vorteile oder mehr Nachteile?	1
Zufriedenheit mit der Interessenvertretung Deutschlands durch die Bundesregierung in der Europäischen Union	2
Größe des Einflusses von Deutschland in der EU	3
Ausmaß des Vertrauens zur Europäischen Union	4

Tabelle

Größe der Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union.....	5
Aussagen zur EU, denen die Bevölkerung zustimmt.....	6 a-d
Mischt sich die Europäische Union zu viel in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer ein?	7
Was sollte in den Ländern der EU besser -	
• für alle Länder gleich geregelt werden.....	8 a-d
• jedes Land für sich allein regeln	9 a-d
Vertrauen in -	
• das Europäische Parlament	10
• die Europäische Kommission.....	11
• die Europäische Zentralbank	12
Einschätzung des Reformbedarfs in der -	
• Europäischen Union.....	13
• Euro-Zone	14
Sollten die Länder der Euro-Zone in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen?.....	15
 <u>Europäische Währung</u>	
Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?	16
Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung.....	17
Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen?.....	18
Wird es in 10 Jahren den Euro noch geben?.....	19
 <u>Euro-Krise</u>	
Helfen Reform- und Sparvorgaben der EU-Kommission einem Mitgliedsland, wenn dieses hohe Schulden hat?.....	20
Einstellung zur Haltung der deutschen Regierung, dass Griechenland nur dann neue Unterstützung erhalten soll, wenn es weiterhin spart und Reformen durchführt.....	21
Einstellung zur Haltung einiger Länder der Euro-Zone, dass hochverschuldete Euro-Länder nur dann neue Unterstützung erhalten sollen, wenn sie weiterhin sparen und Reformen durchführen	22
Wäre es für die Zukunft der Euro-Zone besser, wenn man hoch verschuldete Länder ausschließt?	23

Tabelle

Macht die Bundesregierung bei den Verhandlungen über die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu viele Zugeständnisse?	24
Hat man den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist?	25
Steht Deutschland mit seiner Haltung gegenüber Griechenland in Europa weitgehend allein?	26
Bewertung der Arbeit von Angela Merkel bei der Bekämpfung der Euro-Krise.....	27

ANHANG

Untersuchungsdaten

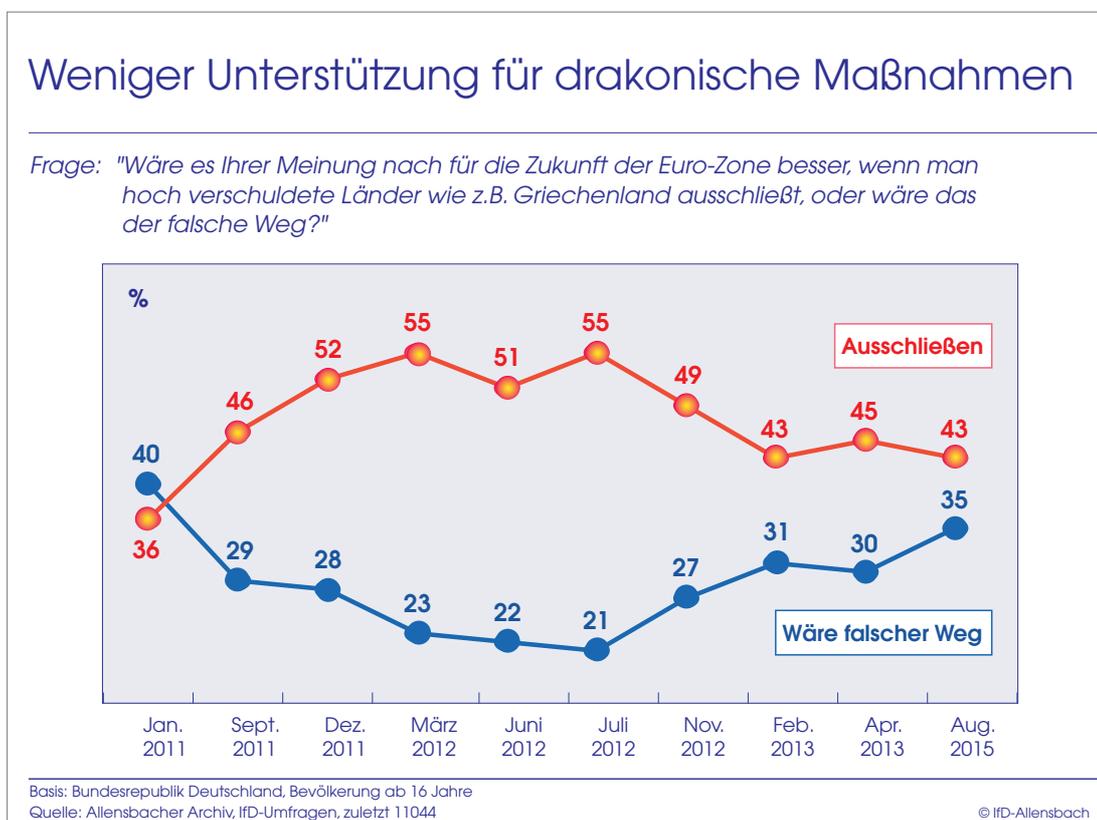
Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN REGIERUNGSKURS

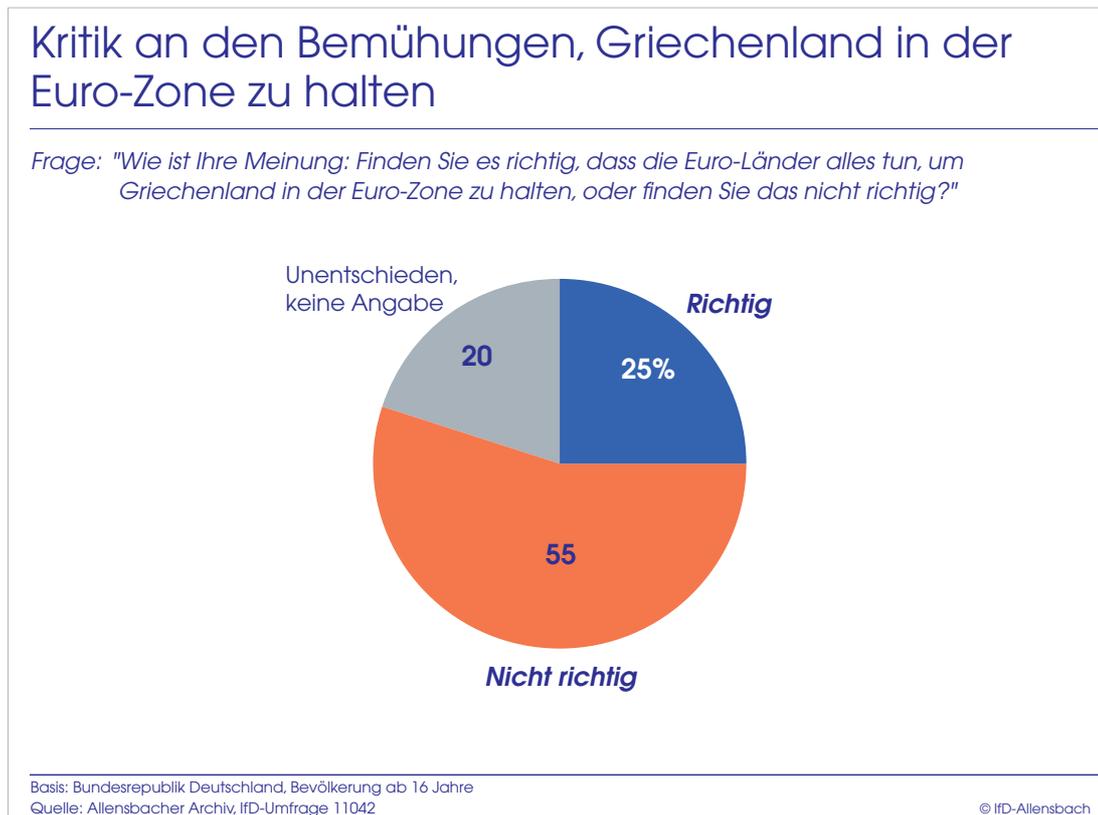
Angesichts der eskalierenden Flüchtlingsproblematik ist das Thema Griechenland vorübergehend völlig in den Hintergrund getreten. Da in Griechenland Neuwahlen anstehen und die griechische Schuldenkrise nicht annähernd gelöst ist, ist es jedoch nur eine Frage der Zeit, bis Griechenland wieder erneut in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt. Die zumindest vorläufige Entspannung der Situation nach der Verabschiedung des neuen Hilfspakets hat in der Bevölkerung die Abneigung gegen drakonische Maßnahmen gegenüber hochverschuldeten Ländern der Euro-Zone verstärkt. Zwar dominiert nach wie vor die Position, dass es für die Euro-Zone besser wäre, hoch verschuldete Länder wie Griechenland auszuschließen. 43 Prozent der Bürger vertreten diese Position, während 35 Prozent dies für den falschen Weg halten. Die Ablehnung drakonischer Maßnahmen wächst jedoch seit 2013; vor drei Jahren war das Meinungsbild noch völlig anders: Damals votierten 55 Prozent für den Ausschluss hoch verschuldeter Staaten, während dies nur 21 Prozent für den falschen Weg hielten.

Schaubild 1



Unter dem Eindruck der Anstrengungen der Länder der Euro-Zone, Griechenland in der Währungsunion zu halten, ist mittlerweile die Mehrheit der Bürger überzeugt, dass Griechenland Mitglied der Euro-Zone bleiben wird. Im Juni waren davon lediglich 43 Prozent überzeugt, jetzt 52 Prozent.¹ Nach wie vor erwartet jedoch nur eine Minderheit, dass Griechenland seine Probleme in den Griff bekommen wird. Entsprechend wurde auch das dritte Hilfsprogramm nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt. 24 Prozent halten es für richtig, dass ein drittes Hilfsprogramm aufgesetzt wurde, 57 Prozent für falsch.² Fast deckungsgleich fallen die Ergebnisse aus, wenn gefragt wird, ob es richtig ist, dass die Euro-Länder alles tun, um Griechenland in der Euro-Zone zu halten.

Schaubild 2

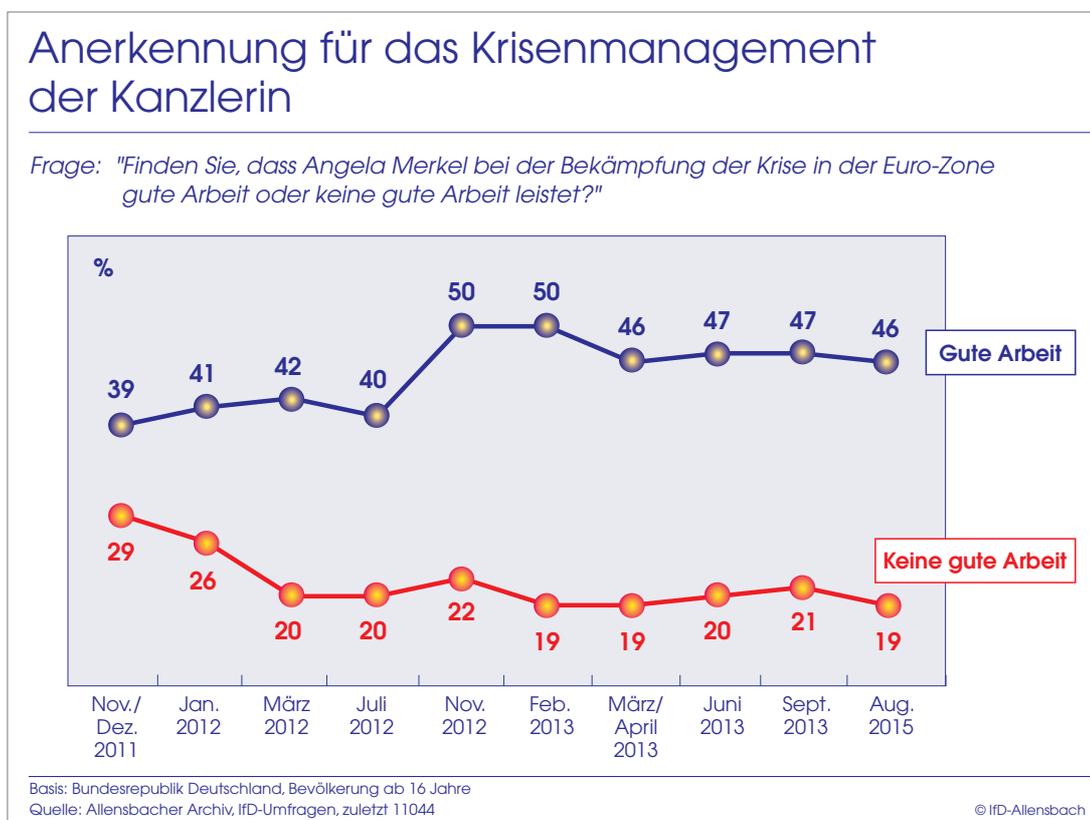


¹ Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11040 und 11042

² Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11042

Diese kritische Bewertung des Hilfspakets und der Bemühungen, Griechenland unter allen Umständen in der Euro-Zone zu halten, hat jedoch die Anerkennung für das Krisenmanagement der Kanzlerin in keiner Weise beeinträchtigt. Nach wie vor attestiert knapp die Hälfte der Bevölkerung Angela Merkel bei der Bekämpfung der Krise in der Euro-Zone gute Arbeit, während sich nur knapp ein Fünftel kritisch äußert.

Schaubild 3



Auch kritische Stimmen, dass sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen über Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu nachgiebig verhalten habe, sind heute seltener als vor drei Jahren. Damals bewerteten 44 Prozent der Bürger den Kurs der Bundesregierung als zu nachgiebig, jetzt 37 Prozent. Die Kritik, der Kurs der deutschen Regierung sei zu hart und zu wenig kompromissbereit, ist heute mit 8

Prozent tendenziell höher als 2012, als 5 Prozent diesen Vorwurf erhoben. 40 Prozent stufen den Kurs der deutschen Regierung heute als angemessen ein.

Schaubild 4

Zu viele Zugeständnisse?

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Ist die Bundesregierung bei den Verhandlungen über die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu nachgiebig und macht zu viele Zugeständnisse an die anderen Euro-Länder, oder ist sie Ihrer Meinung nach zu hart bzw. zu wenig kompromissbereit, oder verhält sich die Regierung alles in allem angemessen?"

	2012	2015
	%	%
Zu nachgiebig	44	37
Zu hart, zu wenig kompromissbereit	5	8
Angemessen	34	40
Unentschieden, keine Angabe	17	15
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10094 und 11044

© IfD-Allensbach

Während das Ergebnis der Verhandlungen ambivalent bewertet wird, findet die Grundposition der deutschen Regierung unverändert breite Unterstützung. 77 Prozent halten die deutsche Position für richtig, dass Griechenland nur dann neue Unterstützung erhält, wenn es konsequent Reformen durchführt. Die breite Unterstützung für diese Position ist seit Monaten völlig stabil.

Stabil breite Unterstützung für den Regierungskurs

Frage: "Die deutsche Regierung vertritt die Meinung, dass Griechenland nur dann neue Unterstützung erhalten soll, wenn es weiterhin spart und Reformen durchführt. Halten Sie diese Haltung der deutschen Regierung für richtig oder für nicht richtig?"

	April 2015	Aug. 2015
	%	%
Richtig	78	77
Nicht richtig	9	11
Unentschieden, keine Angabe	13	12
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11038 und 11044

© IfD-Allensbach

Die Mehrheit der Bürger hat auch keineswegs den Eindruck, dass die deutsche Regierung mit dieser Position alleine steht. Allerdings hat sich unter dem Eindruck französischer und auch italienischer Stellungnahmen, die auf mehr Kompromissbereitschaft gegenüber Griechenland votierten, teilweise die Gewissheit verringert, dass der deutsche Kurs von anderen Ländern unterstützt wird. Im April waren noch 63 Prozent überzeugt, dass viele europäische Länder die Haltung Deutschlands in der Griechenlandfrage unterstützen, jetzt 54 Prozent. Die Überzeugung, dass Deutschland hier mit seinem Drängen auf Reformen weitgehend allein steht, hat von 16 auf 27 Prozent zugenommen.

Rückhalt in Europa?

Frage: "Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland mit seiner Haltung gegenüber Griechenland in Europa weitgehend allein steht, oder haben Sie eher den Eindruck, dass viele andere europäische Länder die Haltung Deutschlands unterstützen?"

	April 2015	Aug. 2015
	%	%
Weitgehend allein	16	27
Andere Länder unterstützen	63	54
Unentschieden, keine Angabe	21	19
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11038 und 11044

© IfD-Allensbach

Diese wachsende Skepsis, ob die meisten anderen europäischen Länder die deutsche Position teilen, betrifft jedoch nur die Politik in Bezug auf Griechenland, nicht die generellen Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen Ländern in Europa. Weniger denn je haben die Bürger heute den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist. 2013 hatten noch 25 Prozent der Bevölkerung diesen Eindruck, jetzt nur noch 14 Prozent. Der Anteil, der dezidiert widerspricht, hat sich von 53 auf 69 Prozent erhöht.

Schaubild 7

Nicht isoliert

Frage: "Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist, also dass Deutschland mit seinen Positionen alleine ist und die anderen Länder gegen Deutschland eingestellt sind, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"

	Juli 2012	Nov. 2012	Feb. 2013	Aug. 2015
	%	%	%	%
Isoliert	20	29	25	14
Habe nicht diesen Eindruck	59	50	53	69
Unentschieden, keine Angabe	21	21	22	17
	100	100	100	100

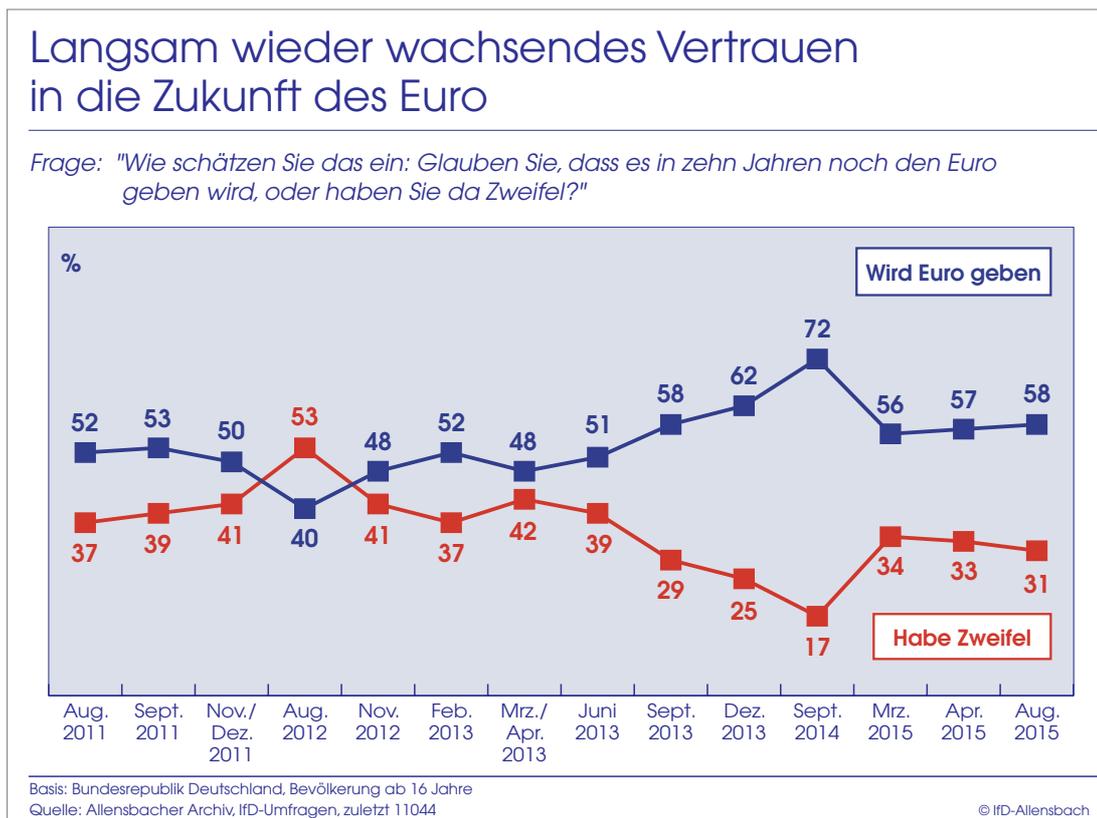
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11044

© IfD-Allensbach

VERBREITET SKEPSIS GEGENÜBER DER GEMEINSCHAFTSWÄHRUNG

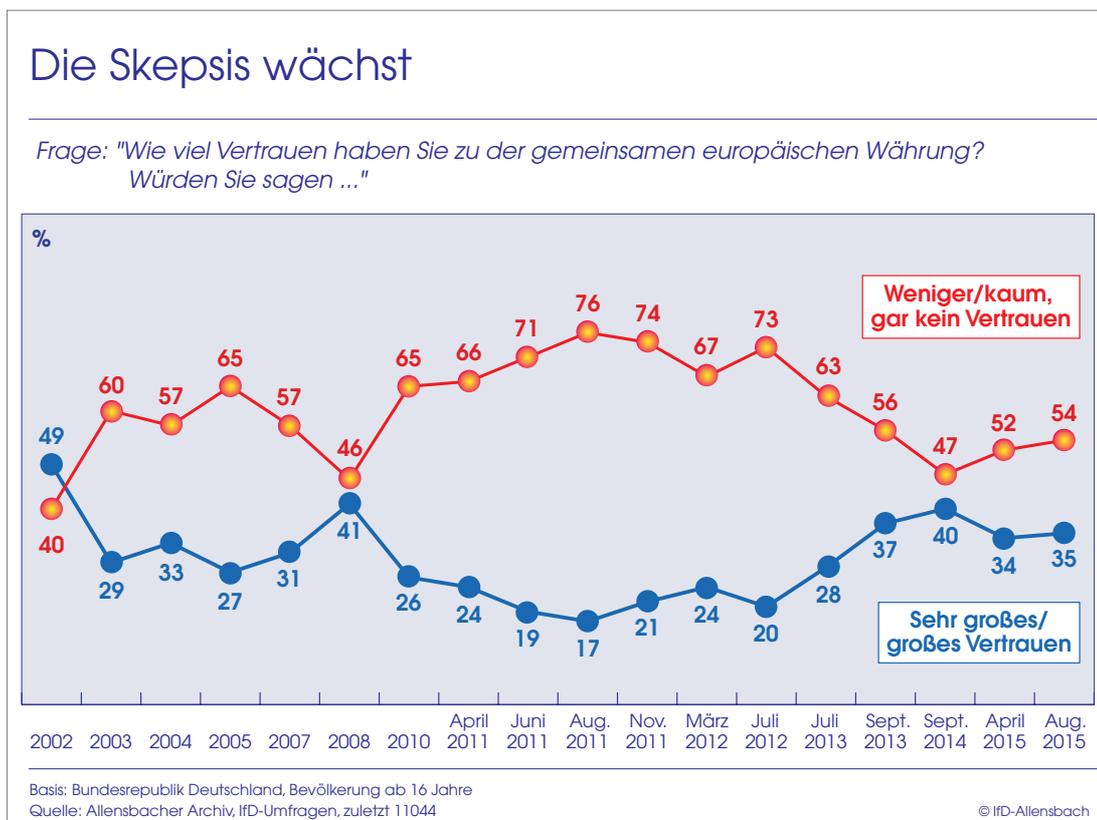
Aufgrund der Entspannung der Situation in der Euro-Zone wächst ganz langsam wieder das Zutrauen, dass die Gemeinschaftswährung Bestand haben wird. Im Frühjahr waren 56 Prozent der Bürger überzeugt, dass es den Euro auch in zehn Jahren noch geben wird, aktuell 58 Prozent. Der Kreis der Zweifler hat sich im selben Zeitraum von 34 auf 31 Prozent verringert. Damit ist das Zutrauen in die Nachhaltigkeit der europäischen Währung jedoch noch weit von dem Niveau entfernt, das im Herbst 2014 erreicht war. Vor einem Jahr gingen 72 Prozent der Bürger davon aus, dass es den Euro dauerhaft geben wird, während nur 17 Prozent dezidierte Zweifel äußerten.

Schaubild 8



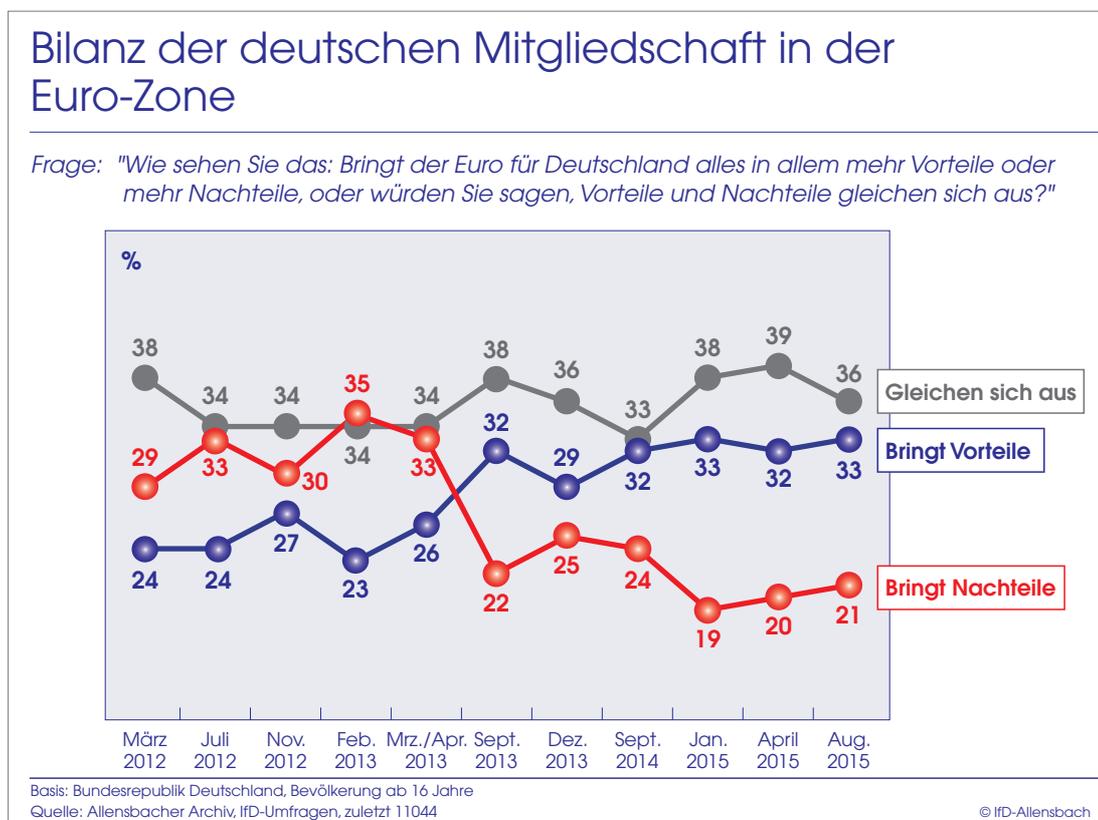
Auch wenn das Zutrauen in die Nachhaltigkeit des Euros wieder tendenziell wächst, hat die Mehrheit nach wie vor ein distanziertes Verhältnis zu der Gemeinschaftswährung. Lediglich 35 Prozent der Bürger setzen großes oder sogar sehr großes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, 54 Prozent dagegen nur begrenztes oder kein Vertrauen. Hier gibt es auch keine Anzeichen, dass das Vertrauen zurzeit zunimmt – im Gegenteil. Verglichen mit dem Herbst des letzten Jahres und auch mit dem Frühjahr 2015 ist der Anteil der Bevölkerung heute größer, der nur begrenztes oder geringes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung setzt. 2014 waren es 47 Prozent, im April 2015 52 Prozent, jetzt 54 Prozent. Dies sind zwar weitaus bessere Werte, als sie bei der ersten Eskalation der Griechenland-Krise zu beobachten waren. Nach wie vor tut sich jedoch die Gemeinschaftswährung schwer, in der Bevölkerung das Vertrauen zu generieren, das die D-Mark fast wie selbstverständlich genoss.

Schaubild 9



Das distanzierte Verhältnis zu der Gemeinschaftswährung bedeutet jedoch nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung am liebsten aus der Gemeinschaftswährung aussteigen würde und überzeugt ist, dass die Mitgliedschaft in der Währungsgemeinschaft überwiegend Nachteile mit sich bringt. Es sind aber auch nur 33 Prozent, die die Währungsgemeinschaft überwiegend mit Vorteilen für Deutschland assoziieren; 36 Prozent sind überzeugt, dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen. Im Verlauf dieses Jahres hat die Einschätzung, dass die Mitgliedschaft für Deutschland vorwiegend mit Nachteilen verbunden ist, tendenziell zugenommen, während sich der Kreis verengt hat, der davon ausgeht, dass sich Vorteile und Nachteile ausbalancieren. Verglichen mit der Situation vor drei Jahren zieht die Bevölkerung heute jedoch eine eindeutig positivere Bilanz. Sowohl 2012 wie über die ersten Monate 2013 überwog deutlich die Einschätzung, dass die Mitgliedschaft in der Euro-Zone Deutschland vorwiegend Nachteile bringt, gegenüber der Annahme von Vorteilen.

Schaubild 10



Nach wie vor ist jedoch bemerkenswert, dass die deutschen Exporterfolge, die nicht zuletzt durch den schwachen Euro bedingt sind, die Bürger nicht dazu bringen, die wirtschaftliche Bilanz des Euro positiver zu bewerten. Lediglich ein Viertel der Bevölkerung ist überzeugt, dass Deutschland ohne die Mitgliedschaft im Euro ökonomisch schlechter abschneiden würde; ebenso viele gehen davon aus, dass Deutschland ohne die Mitgliedschaft in der Währungsgemeinschaft wirtschaftlich erfolgreicher wäre, 30 Prozent gehen davon aus, dass die Mitgliedschaft in der Euro-Zone den ökonomischen Erfolg Deutschlands nicht beeinflusst. Diese Einschätzung hat sich im Verlauf des Jahres nur marginal verändert.

Schaubild 11

Wirtschaftliche Bedeutung des Euro						
<i>Frage: "Wie sehen Sie das: Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"</i>						
	2011	2013	2014	Jan. 2015	April 2015	Aug. 2015
	%	%	%	%	%	%
Würde besser dastehen	40	19	22	26	26	26
Würde schlechter dastehen	15	34	24	25	28	27
Genauso gut	29	28	33	26	27	30
Unentschieden, weiß nicht	16	19	21	23	19	17
	100	100	100	100	100	100

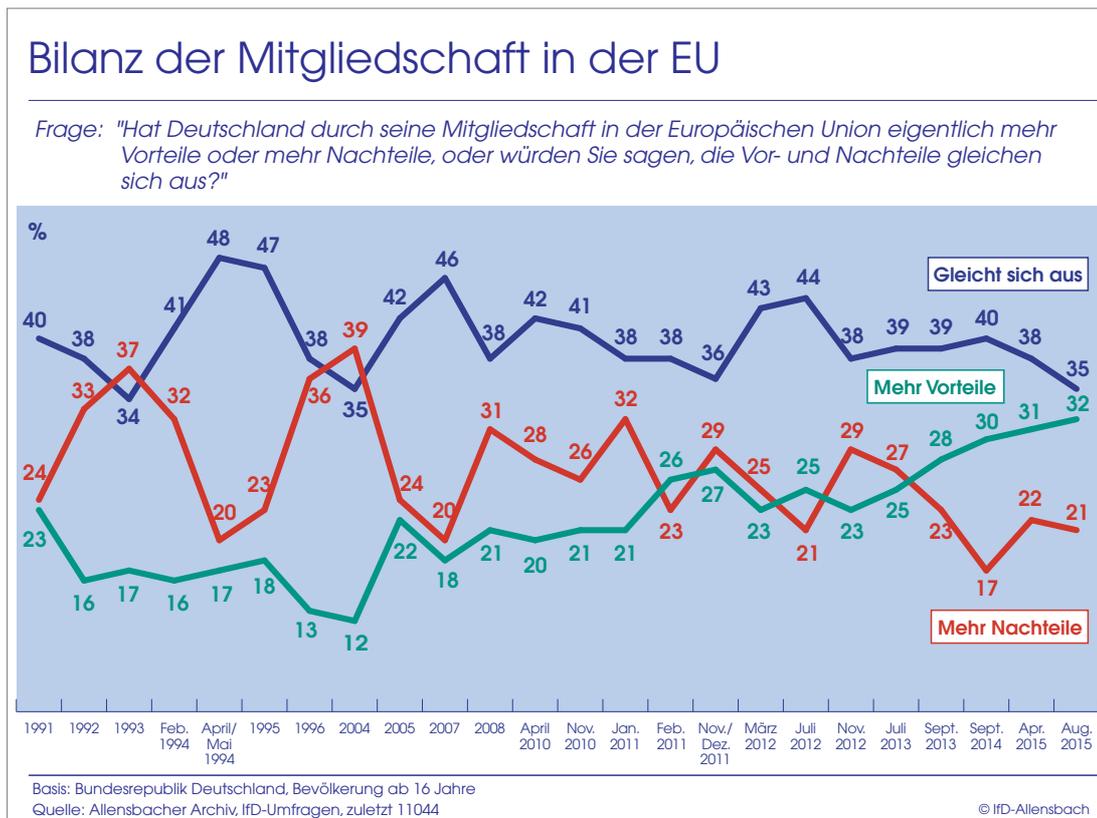
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11044

© IfD-Allensbach

MEHR KRITIK AN DER EU

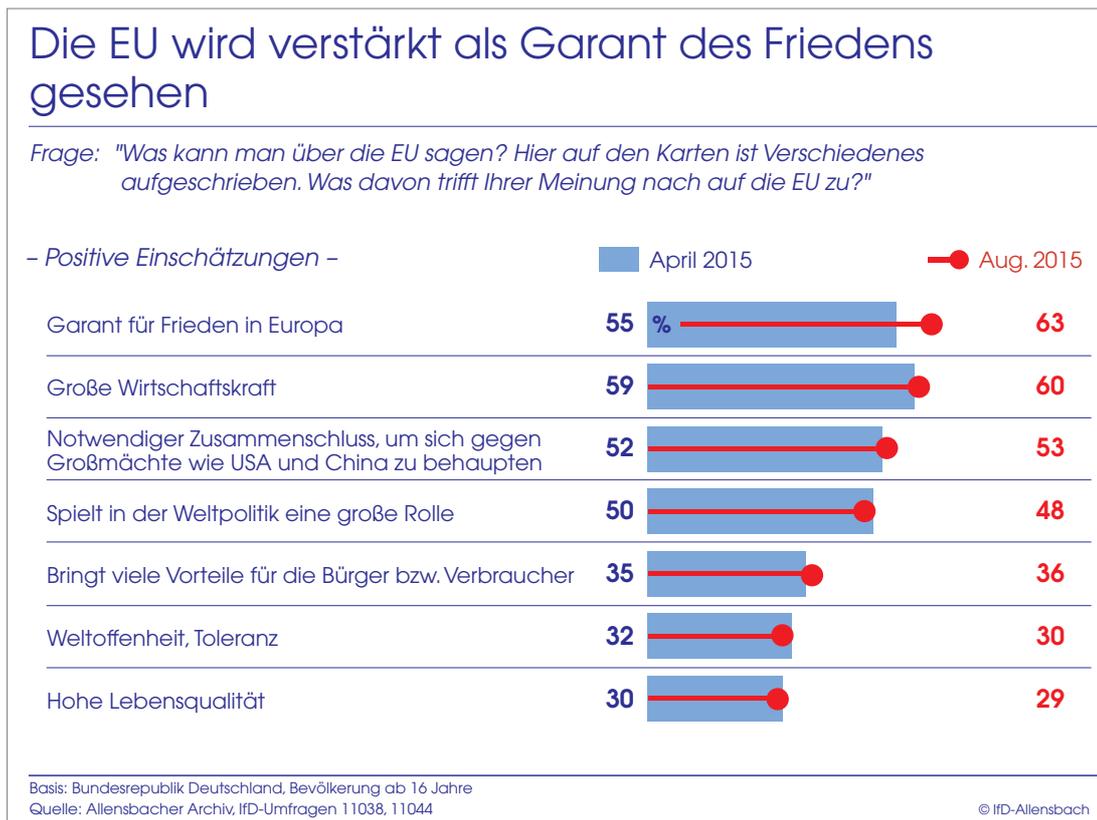
Die Bilanz der Mitgliedschaft in der EU fällt praktisch deckungsgleich mit der Bilanz der Mitgliedschaft in der Währungsunion aus. Dies zeigt, dass es eine Grundhaltung zu Europa gibt, bei der nicht zwischen EU und Währungsunion unterschieden wird. Wer vom Wert der Mitgliedschaft in der Währungsunion überzeugt ist, ist es genauso in Bezug auf die Mitgliedschaft in der EU und umgekehrt. Auch die Trendentwicklung ist in den letzten Jahren ähnlich verlaufen. Der Anteil der Bürger, die überzeugt sind, dass die Vorteile der Mitgliedschaft in der EU überwiegen, ist über die letzten drei Jahre hinweg angestiegen, genauso wie der Anteil derjenigen, die überwiegend Vorteile der Mitgliedschaft in der Währungsunion sehen.

Schaubild 12



Im Verlauf der letzten Monate gibt es in der Wahrnehmung der EU jedoch einige signifikante Verschiebungen, die meisten davon zum Negativen hin. Die Mehrheit der Bürger lässt keinen Zweifel daran, dass die EU eine wichtige Funktion ausübt und große Vorteile hat. Einer davon ist vor dem Hintergrund der Krisenherde und militärischen Auseinandersetzungen in Osteuropa verstärkt in den Vordergrund gerückt, die Funktion der EU für die Friedenssicherung in Europa. Im Frühjahr sahen 55 Prozent der Bürger in der EU einen Garanten für den Frieden in Europa, jetzt 63 Prozent. Damit rangiert diese Funktion jetzt an der Spitze der positiven Assoziationen zu Europa, noch vor der großen Wirtschaftskraft Europas und der Überzeugung, dass die EU ein notwendiger Zusammenschluss ist, um sich gegen Großmächte wie USA und China zu behaupten.

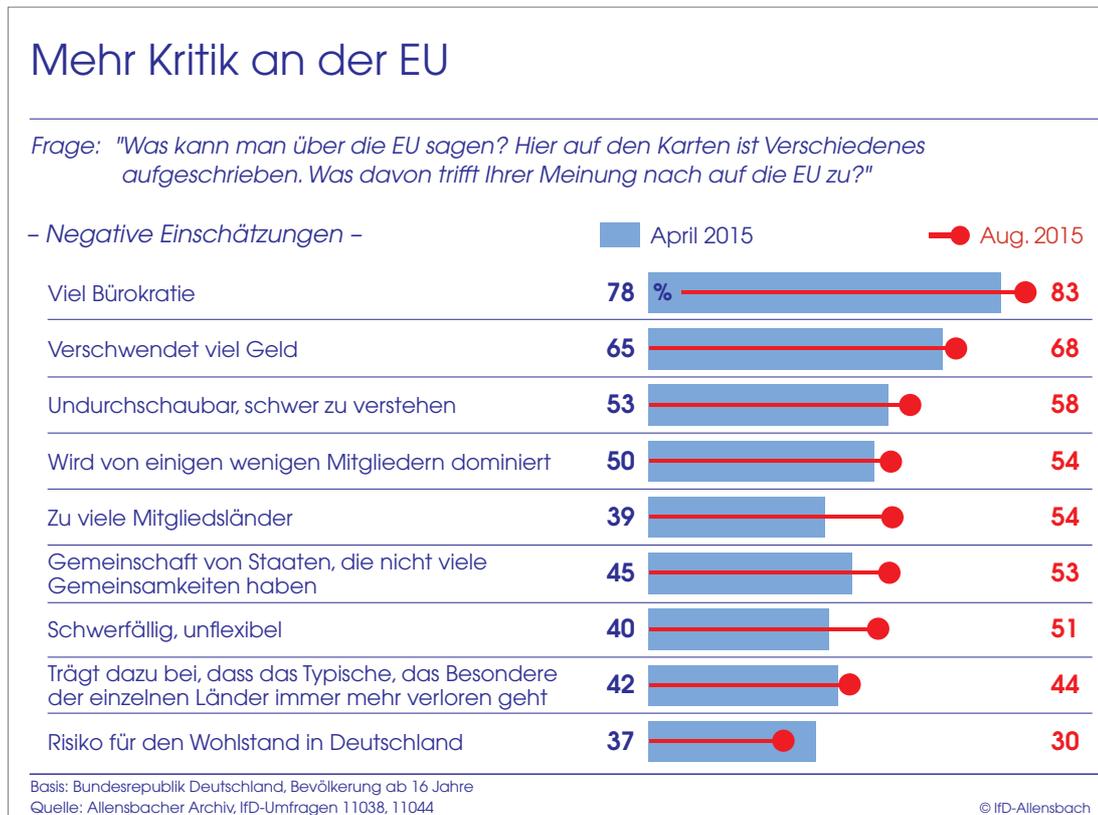
Schaubild 13



Kritisch sehen die Bürger dagegen die Entwicklung der Bürokratie in der und durch die EU und ihren Umgang mit finanziellen Ressourcen. 83 Prozent verbinden die EU

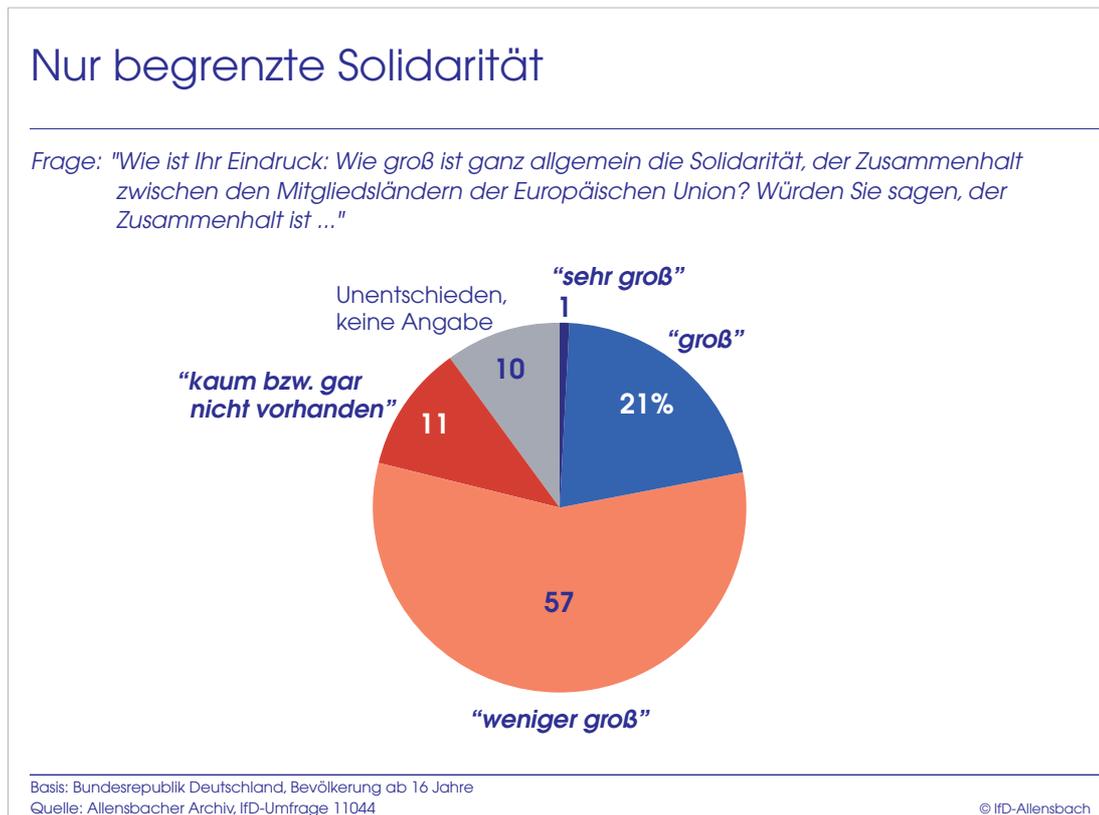
mit einem Übermaß an Bürokratie, 68 Prozent mit der Verschwendung von Geldern; darüber hinaus halten sie 58 Prozent für intransparent und schwer verständlich. Die Mehrheit ist auch überzeugt, dass die EU kein Zusammenschluss aller Staaten auf Augenhöhe ist, sondern von einigen wenigen Mitgliedern dominiert wird und gleichzeitig eine Gemeinschaft von Staaten ist, die nicht viele Gemeinsamkeiten haben. Die Mehrheit ist mittlerweile auch überzeugt, dass die EU zu viele Mitgliedsländer hat und nicht zuletzt dadurch zu schwerfällig und unflexibel geworden ist. Alle diese Kritikpunkte haben sich in den letzten Monaten verstärkt. Das gilt insbesondere für die Überzeugung, dass die EU zu viele Mitgliedsländer hat, zu schwerfällig ist und eine Gemeinschaft von Staaten, die nicht viele Gemeinsamkeiten haben. So hat sich der Anteil der Bürger, die kritisieren, dass die EU zu viele Mitgliedsländer hat, seit April von 39 auf 54 Prozent erhöht, der Anteil derjenigen, die den Vorwurf der Schwerfälligkeit und mangelnden Flexibilität erheben, von 40 auf 51 Prozent. Dass die EU eine Gemeinschaft von Staaten ist, die nicht vieles gemeinsam haben, glaubten im April 45 Prozent, jetzt bereits 53 Prozent.

Schaubild 14



Es spricht einiges dafür, dass sich diese Kritik in nächster Zeit verstärken wird. Die offenkundige Uneinigkeit innerhalb der EU, wie mit der Flüchtlingsproblematik umzugehen ist, und der Mangel an Solidarität zwischen den Staaten sind zu offenkundig, als dass dies die Bürger nicht erreichen und beeindrucken würde. Schon jetzt ist die Mehrheit überzeugt, dass es mit der Solidarität und dem Zusammenhalt innerhalb der EU nicht sehr weit her ist. Lediglich ein knappes Viertel der Bevölkerung hat den Eindruck, dass der Zusammenhalt in der EU groß ist. 57 Prozent halten ihn für begrenzt, 11 Prozent für kaum bzw. gar nicht vorhanden. Zurzeit spricht viel dafür, dass sich dieses Urteil in nächster Zeit weiter verschlechtern wird.

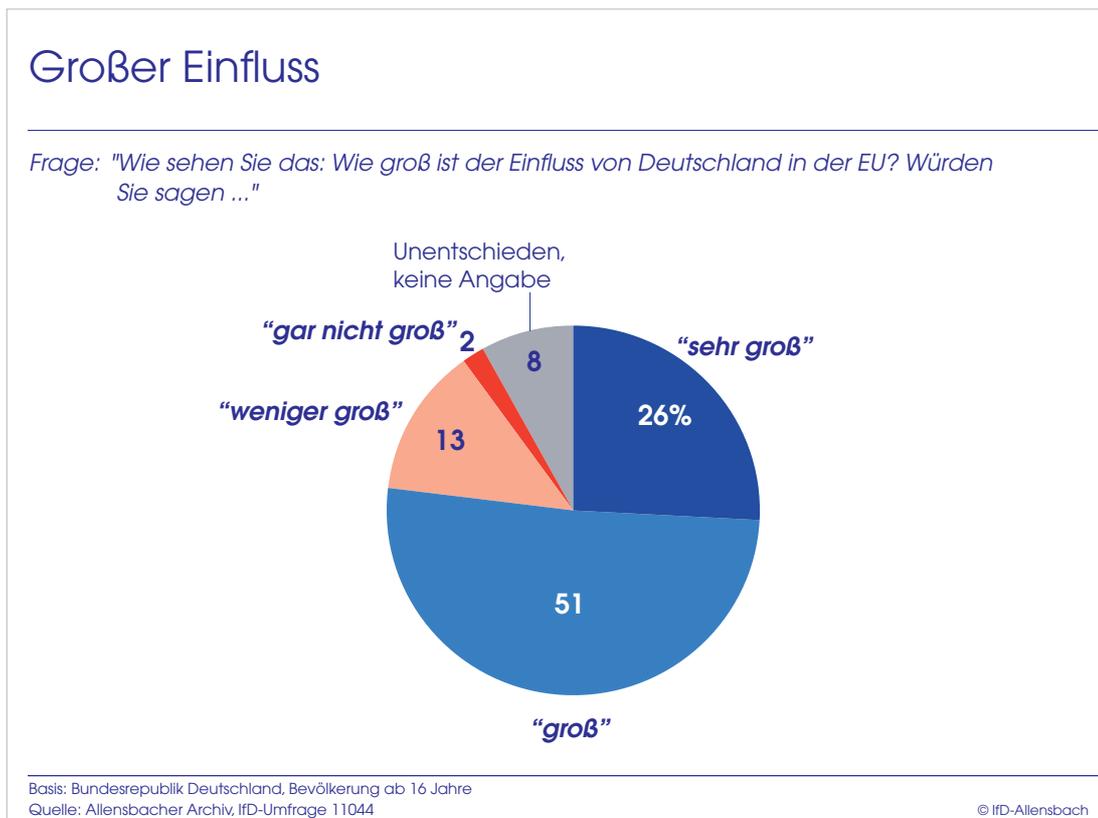
Schaubild 15



Ein Gegengewicht bildet hier jedoch die Überzeugung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, dass der Einfluss Deutschlands innerhalb der EU groß oder sogar

sehr groß ist. 51 Prozent halten den Einfluss Deutschlands in der Europäischen Gemeinschaft für groß, weitere 26 Prozent sogar für sehr groß. Entsprechend sind die Bürger bisher im Großen und Ganzen überzeugt, dass Deutschland durch sein politisches und ökonomisches Gewicht auch in der unzureichend solidarischen Gesellschaft Einfluss nehmen und die Entscheidungen in seinem Sinne beeinflussen kann.

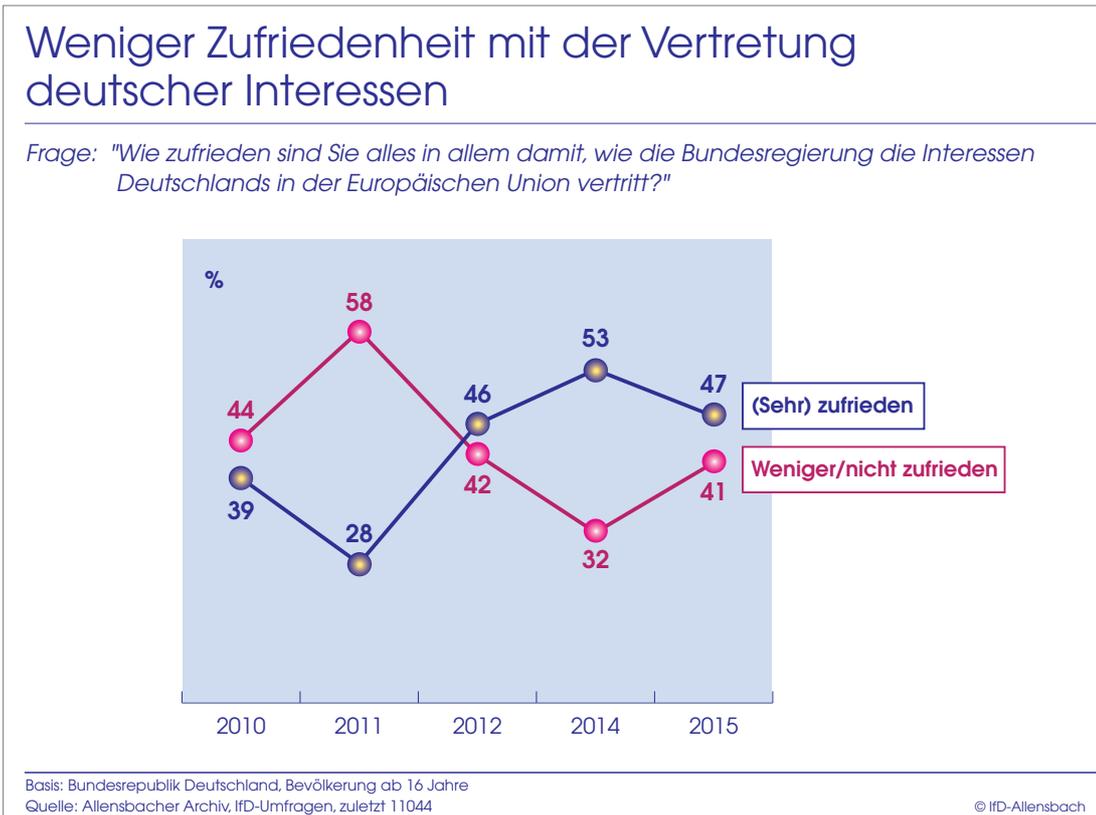
Schaubild 16



Die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der EU vertritt, ist allerdings seit dem letzten Jahr abgesunken. 2014 waren 53 Prozent der Bürger mit der Interessenvertretung in der EU zufrieden oder sogar sehr zufrieden, jetzt 47 Prozent. Der Anteil der Unzufriedenen ist im selben Zeitraum von 32 auf 41 Prozent angestiegen. Damit überwiegen nach wie vor klar anerkennende gegenüber kritischen Stimmen. Die Frage ist jedoch, wie sich das

Meinungsbild entwickelt, wenn es nicht gelingt, zu einer fairen Verteilung der Lasten aus der Flüchtlingswelle auf Europa zu kommen.

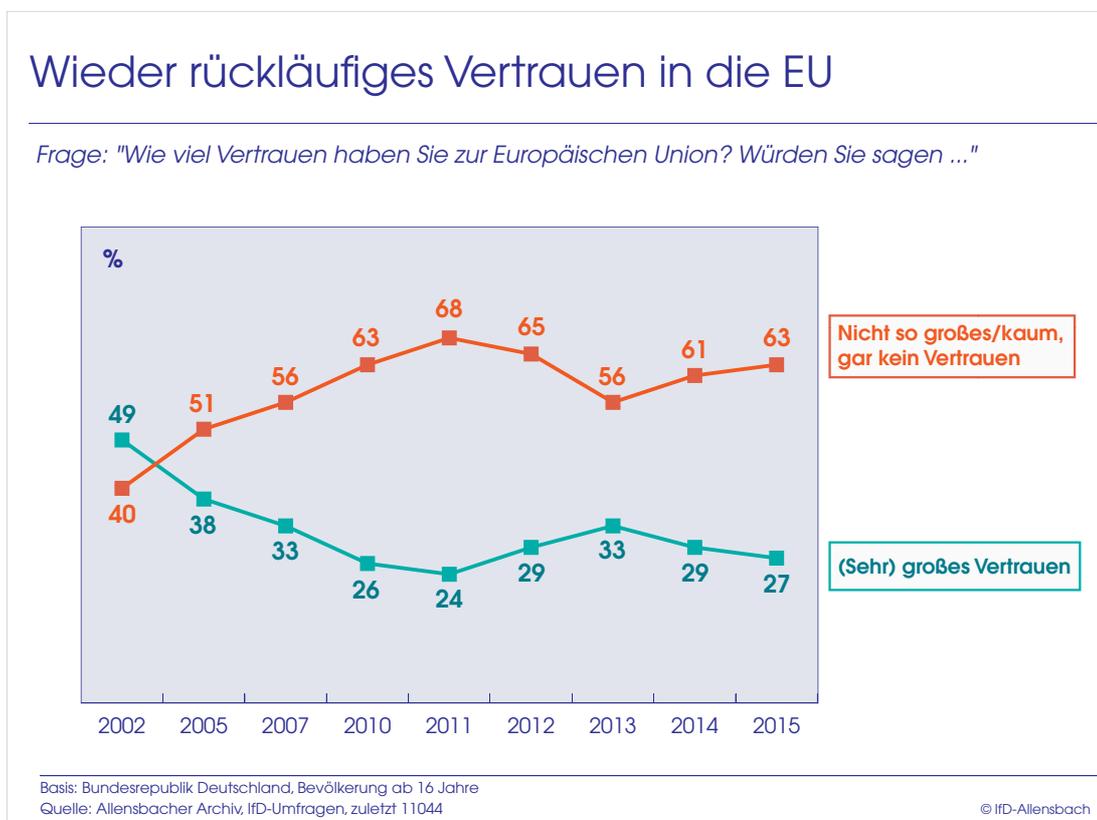
Schaubild 17



NUR BEGRENZTES VERTRAUEN IN DIE EU UND IHRE INSTITUTIONEN

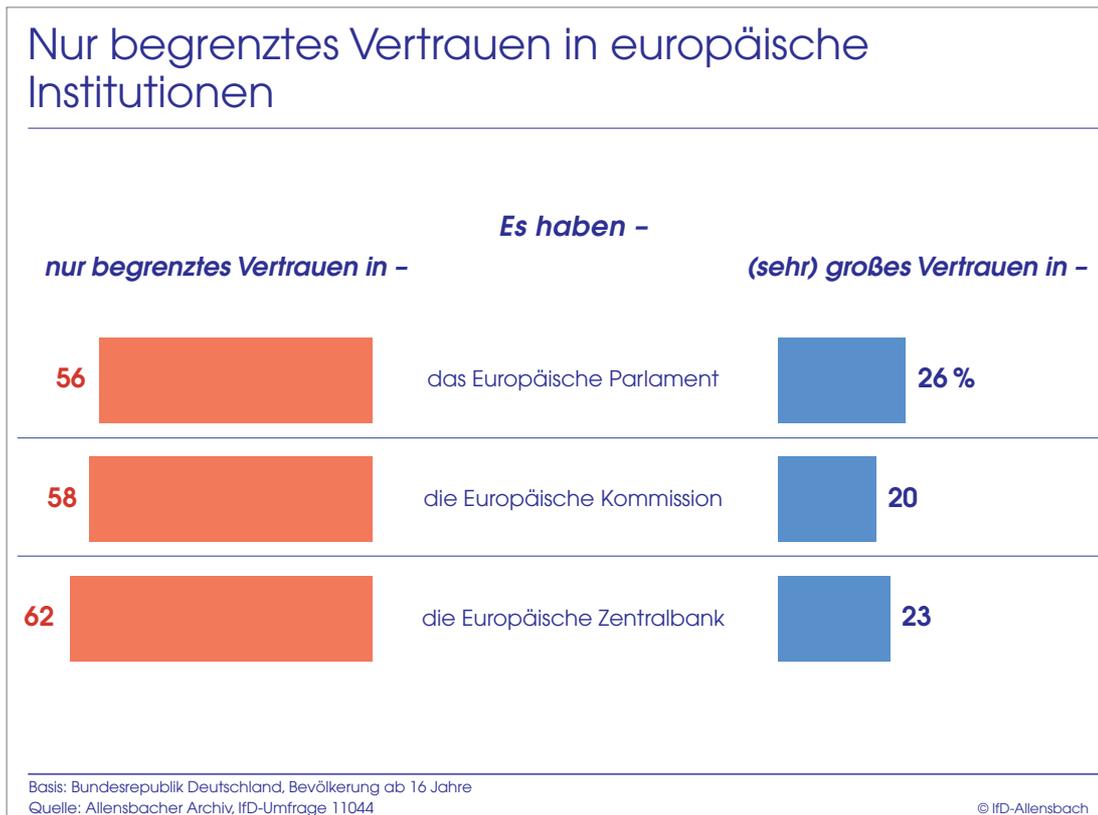
Das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen bewegt sich nach wie vor auf niedrigem Niveau. Lediglich 27 Prozent der Bürger bekunden großes Vertrauen in die EU, 63 Prozent nur begrenztes oder geringes Vertrauen. Über die letzten zwei Jahre hinweg ist das Vertrauen wieder abgesunken, nachdem es zwischen 2011 und 2013 so schien, als ob die EU kontinuierlich an Vertrauen gewinnen würde. Mittlerweile muss man 13 Jahre zurückblicken, um zu erkennen, dass das derzeitige Meinungsbild auch ganz anders aussehen könnte. 2002 bekundeten noch 49 Prozent der Bürger großes oder sogar sehr großes Vertrauen in die EU, während nur 40 Prozent begrenztes oder geringes Vertrauen hatten. Zu diesem Zeitpunkt war auch noch das Vertrauen in die damals neue Gemeinschaftswährung größer als die Skepsis.

Schaubild 18



Für alle europäischen Institutionen gilt, dass ihnen nur sehr eingeschränkt Vertrauen geschenkt wird. Noch am besten schneidet das europäische Parlament ab, in das 26 Prozent der Bürger großes Vertrauen setzen; die EZB genießt bei 23 Prozent der Bürger großes Vertrauen, die Europäische Kommission bei 20 Prozent.

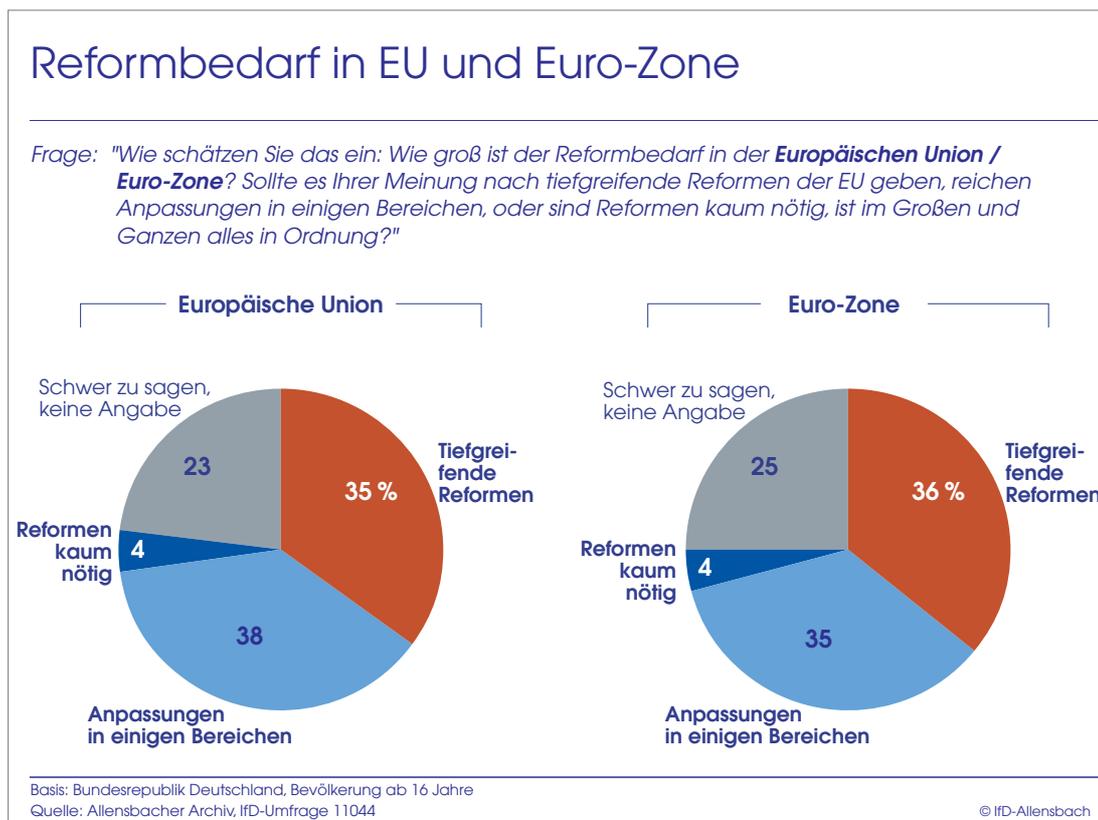
Schaubild 19



Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich auch das Interesse der Bevölkerung an Europapolitik in Grenzen hält. Entsprechend verfolgt nur eine Minderheit die Beschlüsse und Maßnahmen der europäischen Institutionen genauer. Dies erklärt auch, warum bei aller Kritik an der EU nur eine Minderheit der Bevölkerung es für notwendig hält, in der EU tiefgreifende Reformen durchzuführen. Lediglich 35 Prozent fordern tiefgreifende Reformen, 38 Prozent lediglich begrenzte Anpassungen in einigen Bereichen. 4 Prozent halten Reformen für völlig überflüssig. Praktisch deckungsgleich ist das Urteil über den Reformbedarf

in der Euro-Zone. Auch hier fordern nur 36 Prozent tiefgreifende Reformen. Bei beiden Fragen fällt der hohe Anteil an Unentschiedenen auf. Rund ein Viertel der Bevölkerung traut sich kein Urteil über den Reformbedarf in EU und Euro-Zone zu; dies wie auch der begrenzte Anteil, der tiefgreifende Reformen fordert, zeigt primär, dass sich die Bürger mit diesen Themen nur sehr eingeschränkt beschäftigen.

Schaubild 20

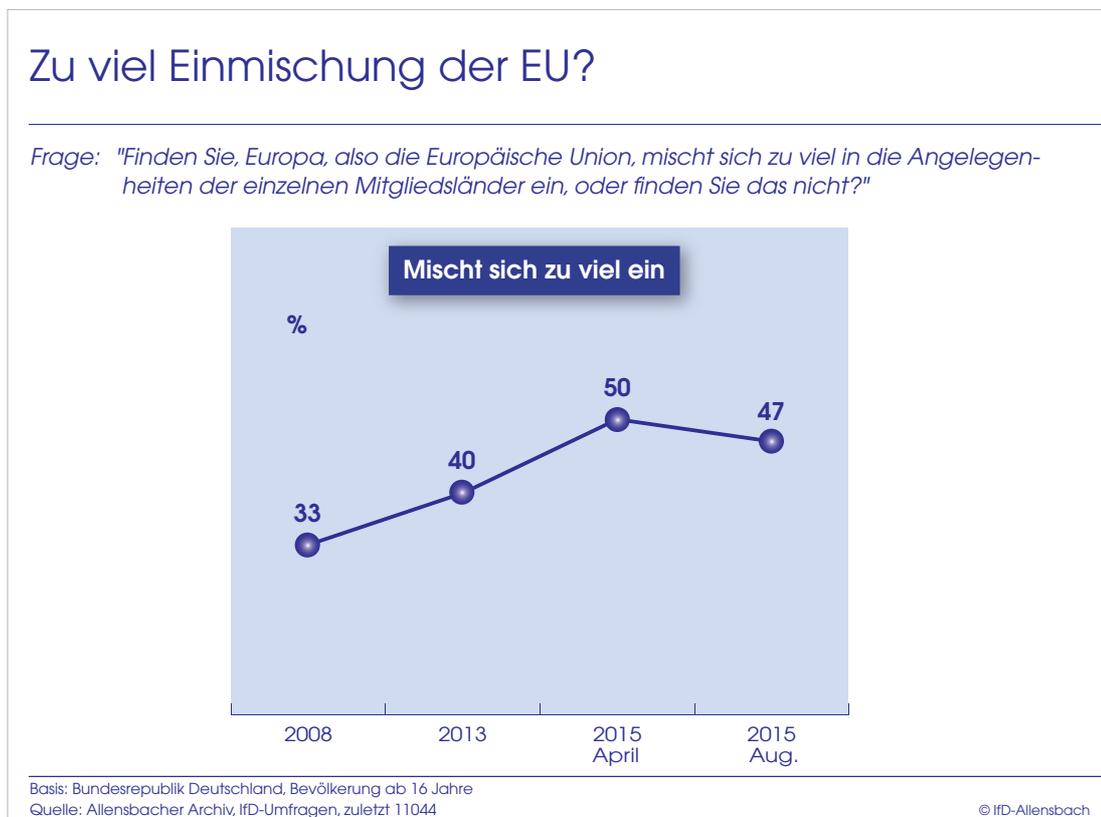


Nach wie vor ist es ein Problem der europäischen Integration, dass die Aufmerksamkeit der Bürger weit überwiegend auf der nationalen Ebene verharret. Das gilt für Deutschland wie für andere europäische Länder. Die Kompetenz- und Machtverlagerung, die teilweise stattgefunden hat, wird nicht von einer entsprechend höheren Aufmerksamkeit des eigentlichen Souveräns, der Bürger, begleitet.

WACHSENDE UNTERSTÜTZUNG FÜR GEMEINSAME ZUWANDERUNGSPOLITIK

Nach wie vor wirft ein hoher Anteil der Bevölkerung der EU vor, dass sie sich zu viel in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer einmischet. 47 Prozent erheben diesen Vorwurf, nur begrenzt weniger als im Frühjahr dieses Jahres. Verglichen mit früheren Messungen bewegt sich dieser Anteil nach wie vor auf hohem Niveau. Ost- und Westdeutschland wie auch die verschiedenen Generationen sind sich in diesem Urteil einig. Dagegen unterscheiden sich politisch interessierte und desinteressierte Bevölkerungskreise bei diesem Urteil signifikant: 44 Prozent der politisch Interessierten werfen der EU überzogene Einmischung vor, 51 Prozent der Desinteressierten; dagegen widersprechen hier dezidiert 39 Prozent der politisch Interessierten, aber nur 21 Prozent der politisch Desinteressierten.¹

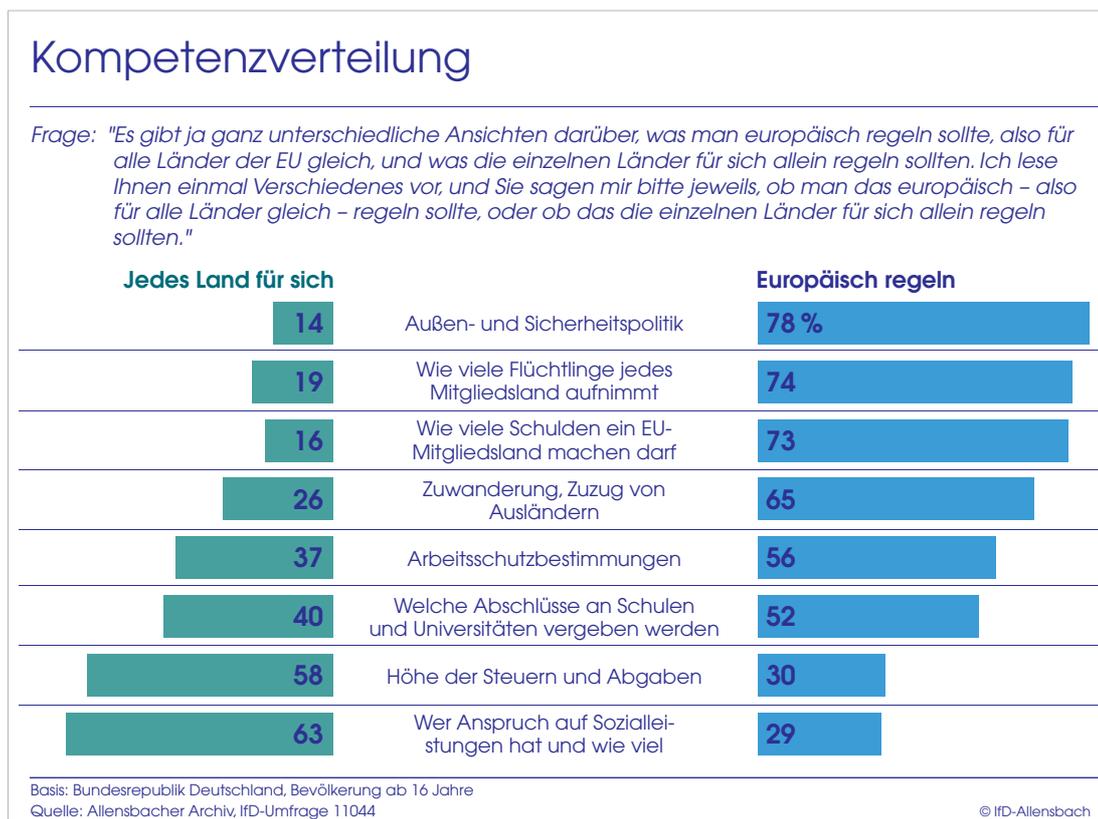
Schaubild 21



¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 7

Wenn detaillierter zur Diskussion gestellt wird, was möglichst europäisch geregelt werden sollte und welche Bereiche der nationalen Selbstbestimmung überlassen bleiben sollten, wird jedoch deutlich, dass die Bevölkerung heute mehr denn je europäischen Regelungsbedarf sieht. So plädiert die überwältigende Mehrheit dafür, die Außen- und Sicherheitspolitik zu koordinieren, Quoten zu verabschieden, wie viele Flüchtlinge jedes Mitgliedsland aufnimmt, und feste Richtlinien zu haben, wie viel Schulden ein Mitgliedsland machen darf. Auch die Zuwanderung möchten zwei Drittel der Bürger europäisch geregelt wissen, die Mehrheit auch Arbeitsschutzbestimmungen und Bildungsabschlüsse. Lediglich die Höhe der Steuern und Abgaben und die Bestimmungen zu den Sozialleistungen möchten die Bürger mehrheitlich in der nationalen Verantwortung belassen.

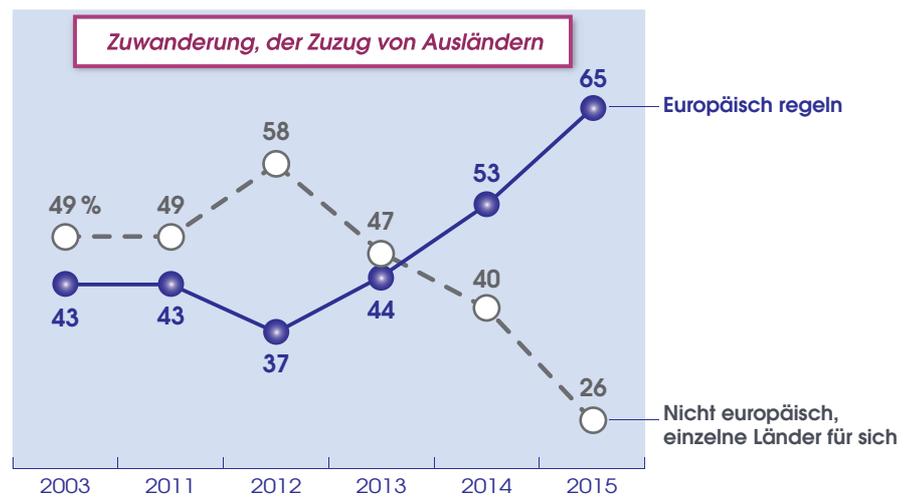
Schaubild 22



Bei vielen Punkten wächst zurzeit die Unterstützung für europäische Regelungen. Das gilt tendenziell für die Festlegung von Verschuldungsgrenzen, für Arbeitsschutzbestimmungen, aber auch für die Regelung von Sozialleistungen. Vor einem Jahr plädierten 24 Prozent dafür, die Ansprüche auf Sozialleistungen europäisch zu regeln, jetzt 29 Prozent. Die Unterstützung für einheitliche Arbeitsschutzbestimmungen ist seit dem letzten Jahr von 52 auf 56 Prozent angestiegen. In einem Bereich hat sich eine geradezu erdrutschartige Veränderung ergeben: Innerhalb von nur zwei Jahren ist die Überzeugung, dass die Regelung der Zuwanderung auf der europäischen Ebene erfolgen muss, von der Minderheits- zur Mehrheitsmeinung geworden. 2012 plädierten hier nur 37 Prozent für eine europäische Regelung, 2013 44 Prozent, ein Jahr später schon 53 Prozent und aktuell zwei Drittel der Bevölkerung. Nur noch jeder Vierte möchte dies in der nationalen Verantwortung belassen. Zu dieser erdrutschartigen Veränderung hat ganz wesentlich die Zuspitzung der Flüchtlingsproblematik beigetragen. In Bezug auf das Flüchtlingsthema gibt es einen noch breiteren Konsens, dass es nur auf der europäischen Ebene zu regeln ist. Drei Viertel der Bevölkerung plädieren dafür, auf der europäischen Ebene zu regeln, wie viele Flüchtlinge jedes Mitgliedsland aufnimmt, nur jeder Fünfte möchte dies in der nationalen Verantwortung belassen.

Wachsende Unterstützung für eine europäische Zuwanderungsregelung

Frage: "Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man in Zukunft europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten."



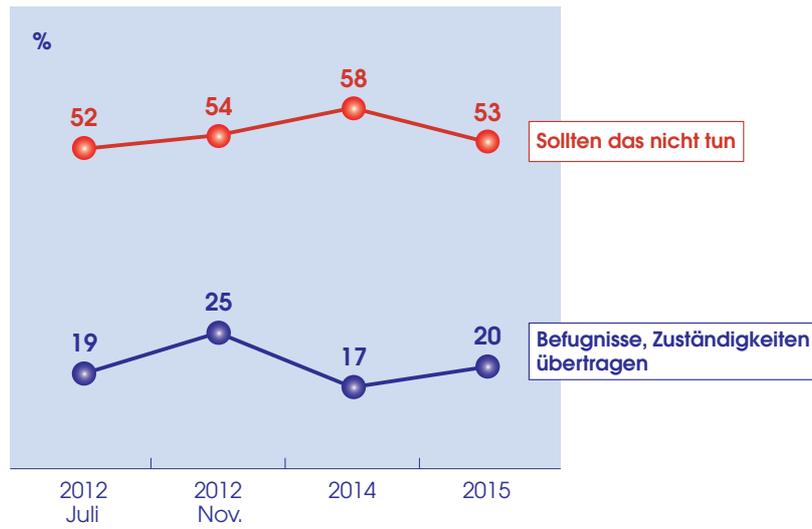
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11044

© IfD-Allensbach

Was als Konsequenz der Krisen der letzten Jahre diskutiert wird, nämlich in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben, wird von den Bürgern nach wie vor skeptisch gesehen. Zwar hat sich die Fraktion der Gegner seit dem letzten Jahr von 58 auf 53 Prozent vermindert. Die Trendanalyse über die letzten drei Jahre hinweg zeigt jedoch, dass sich durchgängig eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen diese Verlagerung ausspricht und nur eine relativ kleine Minderheit diese Pläne unterstützt. Hier sind die Sorgen vieler Bürger zu groß, dass es dann nicht mehr ausreichend gelingt, die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Deutschlands zu wahren.

Mehrheit gegen eine Vereinheitlichung der Steuer- und Wirtschaftspolitik

Frage: "Sollten die Länder der Euro-Zone in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten sie das nicht tun?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11044

© IfD-Allensbach

Allensbach am Bodensee,
 am 9. September 2015

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Frage-textes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Europäische Union

WAS KANN MAN ÜBER DIE EU SAGEN? HIER AUF DEN KARTEN IST VERSCHIEDENES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON TRIFFT IHRER MEINUNG NACH AUF DIE EU ZU? LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 20)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		REFORMBEDARF IN D. EU		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	TIEF- GREIFEND	ANPAS- SUNGEN	KAUM NÖTIG
Basis	1446	1105	341	696	750	237	303	404	502	770	676	537	541	48
POSITIVE AUSSAGEN														
GARANT FÜR FRIEDEN IN EUROPA.....	63.4	64.0	60.7	63.9	62.9	55.9	61.0	65.9	66.7	72.2	54.2	62.4	70.8	77.3
GROSSE WIRTSCHAFTS- KRAFT.....	59.5	60.5	55.3	63.0	56.3	63.0	53.9	61.4	59.6	65.5	53.4	56.0	67.2	69.4
NOTWENDIGER ZUSAMMENSCHLUSS, UM SICH GEGEN GROSS- MÄCHTE WIE USA UND CHINA ZU BEHAUPTEN..	53.4	53.4	53.4	58.0	49.1	45.4	55.9	52.6	56.9	60.9	45.7	59.1	57.1	44.7
SPIELT IN DER WELT- POLITIK EINE GROSSE ROLLE.....	48.3	48.5	47.4	45.2	51.2	48.5	44.9	49.2	49.7	54.2	42.2	42.3	58.0	68.1
BRINGT VIELE VORTEILE FÜR DIE BÜRGER BZW. VERBRAUCHER.....	36.1	37.0	32.0	37.6	34.7	39.8	34.0	35.7	35.7	42.4	29.6	32.1	46.3	37.6
WELTOFFENHEIT, TOLERANZ.....	29.8	30.3	27.7	29.4	30.2	33.1	25.2	30.6	30.2	35.5	23.9	25.9	36.3	54.0
HOHE LEBENSQUALITÄT	28.7	31.0	18.4	30.5	26.9	32.7	28.4	27.1	27.9	34.1	23.1	26.1	34.1	44.5
NEGATIVE AUSSAGEN														
VIEL BÜROKRATIE.....	82.5	82.7	81.5	84.9	80.2	77.1	81.3	84.1	84.7	84.9	80.0	90.3	77.5	88.6
VERSCHWENDET VIEL GELD.....	67.6	66.7	71.5	71.0	64.4	62.7	65.7	69.8	69.7	67.0	68.2	79.8	58.9	62.0
UNDURCHSCHAUBAR, SCHWER ZU VERSTEHEN	58.2	58.4	57.3	55.6	60.7	62.2	60.8	56.5	55.9	51.1	65.5	63.4	48.7	49.9
ZU VIELE MITGLIEDS- LÄNDER.....	53.9	55.3	47.8	55.4	52.5	42.3	50.4	55.7	60.9	53.4	54.5	65.0	47.8	35.6

WAS KANN MAN ÜBER DIE EU SAGEN? HIER AUF DEN KARTEN IST VERSCHIEDENES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON TRIFFT IHRER MEINUNG NACH AUF DIE EU ZU? LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 20)

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND HAT DURCH SEINE EU-MITGLIEDSCHAFT -			ZUSTÄNDIGK. B. STEUER- U. WIRTSCHAFTSPOLITIK		VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	MEHR VORTEILE	MEHR NACHTEILE	GLEICHEN SICH AUS	AN EU ÜBERTRAGEN	SOLLTE MAN NICHT TUN	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	576	375	48	194	123	83	483	275	517	278	780	517	772
POSITIVE AUSSAGEN													
GARANT FÜR FRIEDEN IN EUROPA.....	71.1	60.8	50.3	66.6	58.4	38.2	79.5	41.5	67.4	73.6	64.1	78.5	54.8
GROSSE WIRTSCHAFTS- KRAFT.....	68.4	54.6	66.8	54.7	53.8	38.9	80.2	38.7	58.6	73.2	59.1	77.0	48.9
NOTWENDIGER ZUSAMMENSCHLUSS, UM SICH GEGEN GROSS- MÄCHTE WIE USA UND CHINA ZU BEHAUPTEN..	60.1	53.2	42.5	45.2	50.3	40.3	62.1	42.9	57.4	62.1	53.7	68.4	45.9
SPIELT IN DER WELT- POLITIK EINE GROSSE ROLLE.....	55.8	45.2	44.1	47.6	40.8	34.5	60.9	34.5	51.9	56.7	47.5	64.6	39.6
BRINGT VIELE VORTEILE FÜR DIE BÜRGER BZW. VERBRAUCHER.....	40.7	34.6	41.0	37.6	33.0	18.5	62.1	10.2	34.3	52.0	33.5	58.7	23.1
WELTOFFENHEIT, TOLERANZ.....	34.0	29.5	26.3	28.6	22.6	15.0	44.4	19.1	28.1	37.3	28.1	45.1	21.7
HOHE LEBENSQUALITÄT	31.7	29.9	33.3	29.6	22.1	7.6	45.3	13.6	26.1	35.3	26.4	42.6	21.1
NEGATIVE AUSSAGEN													
VIEL BÜROKRATIE.....	83.2	82.2	74.2	83.3	85.5	90.0	80.3	87.5	83.3	81.1	87.2	81.2	85.1
VERSCHWENDET VIEL GELD.....	64.9	69.2	61.8	60.7	77.5	91.8	57.5	85.1	69.7	65.2	72.9	53.4	79.5
UNDURCHSCHAUBAR, SCHWER ZU VERSTEHEN	52.7	61.6	52.3	57.8	66.2	75.1	45.9	73.2	56.6	51.4	60.1	42.6	68.5
ZU VIELE MITGLIEDS- LÄNDER.....	55.2	54.8	43.8	40.9	57.7	74.7	44.2	70.9	54.1	48.3	59.3	42.3	62.7

Europäische Währung

Euro-Krise

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	535	176	711	Personen
B	570	165	735	Personen
Insgesamt	1105	341	1446	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 410 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 15. bis 31. August 2015 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.044

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.044 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage August/II 2015			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	14	14	14	14
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	33	33	33	33
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2014

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.044 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage August/II 2015			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	61	61	61
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	13	13	13	13
Angestellte	38	38	38	38
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	7	7
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	51	53
- Männer	26	26	26	27
- Frauen	26	26	25	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>18</u>	<u>16</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	13	15	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>6</u>	<u>4</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2014

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11044
August 2015

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1.	"Zum Thema Europa:	
T	Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"	MEHR VORTEILE 1 MEHR NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 WEISS NICHT 4
2.	"Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ..."	"sehr zufrieden" 1 "zufrieden" 2 "weniger zufrieden" 3 "gar nicht zufrieden" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
3.	"Wie sehen Sie das: Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen ..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
4.	"Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen ..."	"sehr großes Vertrauen" 1 "großes Vertrauen" 2 "nicht so großes Vertrauen" 3 "kaum, gar kein Vertrauen" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
5.	"Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitglieds-ländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen der Zusammenhalt ist..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "kaum bzw. gar nicht vorhanden" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
6.	INTERVIEWER überreicht blaues Kartenspiel ! t "Was kann man über die EU sagen? Hier auf den Karten ist Verschiedenes aufgeschrieben. Was davon trifft Ihrer Meinung nach auf die EU zu? Legen Sie einfach die entsprechenden Karten heraus." (Alles Genannte einkreisen!)	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / KEINE ANGABE 9
7.	"Finden Sie, Europa, also die Europäische Union, mischt sich zu viel in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer ein, oder finden Sie das nicht?"	MISCHT SICH ZU VIEL EIN 1 FINDE DAS NICHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

8. "Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten.

a)	Zunächst: Welche Abschlüsse an Schulen und	EUROPÄISCH REGELN	1
T	Universitäten vergeben werden, sollte das	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
	europäisch geregelt werden oder nicht?"	LÄNDER FÜR SICH.....	2
		UNENTSCHIEDEN	3
b)	"Und bei den Arbeitsschutzbestimmungen, wie Arbeits-	EUROPÄISCH REGELN	4
T	zeiten, Sicherheit am Arbeitsplatz und Ähnliches?"	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
		LÄNDER FÜR SICH.....	5
		UNENTSCHIEDEN	6
c)	"Und wenn es darum geht, wer Anspruch auf	EUROPÄISCH REGELN	7
T	Sozialleistungen hat und wie viel man bekommt?	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
	Sollte man das europäisch regeln, oder die ein-	LÄNDER FÜR SICH.....	8
	zelnen Länder für sich allein?"	UNENTSCHIEDEN	9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

d)	"Wie ist es mit der Zuwanderung, dem Zuzug	EUROPÄISCH REGELN	1
T	von Ausländern?"	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
		LÄNDER FÜR SICH.....	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

d)	"Wie ist es damit, wie viele Flüchtlinge jedes	EUROPÄISCH REGELN	1
	Mitgliedsland aufnimmt?"	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
		LÄNDER FÜR SICH.....	2
		UNENTSCHIEDEN	3
e)	"Und wenn es darum geht, wie viele Schulden	EUROPÄISCH REGELN	4
T	ein EU-Mitgliedsland machen darf?"	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
		LÄNDER FÜR SICH.....	5
		UNENTSCHIEDEN	6
f)	"Und wie ist es mit der Außen- und Sicherheitspolitik,	GEMEINSAME EUROPÄISCHE LINIE...	7
T	sollte es da eine gemeinsame europäische Linie geben,	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
	oder sollten das die einzelnen Länder für sich regeln?"	LÄNDER FÜR SICH.....	8
		UNENTSCHIEDEN	9
g)	"Und schließlich die Höhe der Steuern und Abgaben:	EUROPÄISCH REGELN	1
T	Sollte das europäisch geregelt werden oder nicht?"	NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE	
		LÄNDER FÜR SICH.....	2
		UNENTSCHIEDEN	3

9. "Ich nenne Ihnen jetzt einige europäische Institutionen, Einrichtungen, und Sie sagen mir bitte, wie viel Vertrauen Sie zu diesen Institutionen jeweils haben.

a)	Wie viel Vertrauen haben Sie zum Europäischen	"sehr großes Vertrauen"	1
	Parlament? Würden Sie sagen ..."	"großes Vertrauen"	2
		"nicht so großes Vertrauen"	3
		"kaum, gar kein Vertrauen"	4
		UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT	5
b)	"Und wie ist es mit der Europäischen Kommission,	SEHR GROSSES VERTRAUEN.....	1
	wie viel Vertrauen haben Sie zur Kommission?"	GROSSES VERTRAUEN	2
		NICHT SO GROSSES VERTRAUEN	3
		KAUM, GAR KEIN VERTRAUEN	4
		UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT	5

9. c)	"Und wie ist es schließlich mit der Europäischen Zentralbank, wie viel Vertrauen haben Sie da?"	SEHR GROSSES VERTRAUEN..... 1 GROSSES VERTRAUEN 2 NICHT SO GROSSES VERTRAUEN 3 KAUM, GAR KEIN VERTRAUEN 4 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 5
-------	---	--

An späterer Stelle im Interview:

10.	"Noch einmal zurück zu Europa. Wie schätzen Sie das ein: Wie groß ist der Reformbedarf in der Europäischen Union? Sollte es Ihrer Meinung nach tiefgreifende Reformen der EU geben, reichen Anpassungen in einigen Bereichen, oder sind Reformen kaum nötig, ist im Großen und Ganzen alles in Ordnung?"	TIEFGREIFENDE REFORMEN 1 ANPASSUNGEN IN EINIGEN BEREICHEN..... 2 REFORMEN KAUM NÖTIG 3 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 4
-----	--	--

11.	"Und wie schätzen Sie den Reformbedarf in der Euro-Zone ein? Sollte es Ihrer Meinung nach tiefgreifende Reformen der Währungsunion geben, reichen Anpassungen in einigen Bereichen, oder sind Reformen kaum nötig, ist im Großen und Ganzen alles in Ordnung?"	TIEFGREIFENDE REFORMEN 5 ANPASSUNGEN IN EINIGEN BEREICHEN..... 6 REFORMEN KAUM NÖTIG 7 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 8
-----	--	--

12.	"Wie ist Ihre Meinung: Sollten die Länder der Euro-Zone in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten sie das nicht tun?"	BEFUGNISSE, ZUSTÄNDIGKEITEN ÜBERTRAGEN 1 SOLLTEN DAS NICHT TUN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
-----	---	--

13.	"Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?"	BRINGT VORTEILE 1 BRINGT NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
-----	--	--

14.	"Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Würden Sie sagen ..."	"großes Vertrauen" 1 "weniger Vertrauen" 2 "kaum, gar kein Vertrauen" 3 UNENTSCHIEDEN 4
-----	--	--

15.	"Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"	WÜRD BESSER DASTEHEEN 1 WÜRD SCHLECHTER DASTEHEEN..... 2 GENAUSO GUT 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4
-----	---	--

16.	"Glauben Sie, dass es in 10 Jahren noch den Euro geben wird, oder haben Sie da Zweifel?"	WIRD EURO GEBEN 1 HABE ZWEIFEL 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
-----	--	---

17.	"Wenn ein Mitgliedsland der EU hohe Schulden hat oder sogar in finanzielle Schwierigkeiten gerät, macht die EU-Kommission diesem Mitgliedsland Reform- und Sparvorgaben. Wie ist Ihr Eindruck: Helfen diese Vorgaben alles in allem den Ländern, oder schaden die Vorgaben den Ländern eher?"	VORGABEN HELFEN 1 VORGABEN SCHADEN 2 GANZ UNTERSCHIEDLICH 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
-----	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:

18.	"Die deutsche Regierung vertritt die Meinung, dass Griechenland nur dann neue Unterstützung erhalten soll, wenn es weiterhin spart und Reformen durchführt. Halten Sie diese Haltung der deutschen Regierung für richtig oder für nicht richtig?"	RICHTIG 1 NICHT RICHTIG..... 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
-----	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

18. t	"Einige Länder der Euro-Zone vertreten die Meinung, dass hochverschuldete Länder nur dann neue Unterstützung erhalten sollen, wenn sie sparen und Reformen durchführen. Halten Sie diese Haltung für richtig oder für nicht richtig?"	RICHTIG 1 NICHT RICHTIG..... 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
19. T	"Wäre es Ihrer Meinung nach für die Zukunft der Euro-Zone besser, wenn man hoch verschuldete Länder wie z.B. Griechenland ausschließt, oder wäre das der falsche Weg?"	AUSSCHLIESSEN 1 WÄRE FALSCHER WEG..... 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
20. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Ist die Bundesregierung bei den Verhandlungen über die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu nachgiebig und macht zu viele Zugeständnisse an die anderen Euro-Länder, oder ist sie Ihrer Meinung nach zu hart bzw. zu wenig kompromissbereit, oder verhält sich die Regierung alles in allem angemessen?"	ZU NACHGIEBIG 1 ZU HART, ZU WENIG KOMPROMISS- BEREIT 2 ANGEMESSEN 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4

In der repräsentativen Halbgruppe A:

21. T	"Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist, also dass Deutschland mit seinen Positionen alleine ist und die anderen Länder gegen Deutschland eingestellt sind, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"	ISOLIERT 1 HABE NICHT DIESEN EINDRUCK 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

21. T	"Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland mit seiner Haltung gegenüber Griechenland in Europa weitgehend allein steht, oder haben Sie eher den Eindruck, dass viele andere europäische Länder die Haltung Deutschlands unterstützen?"	WEITGEHEND ALLEIN 1 ANDERE LÄNDER UNTERSTÜTZEN.... 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
22. T	"Finden Sie, dass Angela Merkel bei der Bekämpfung der Krise in der Euro-Zone gute Arbeit oder keine gute Arbeit leistet?"	GUTE ARBEIT 1 KEINE GUTE ARBEIT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war. Die Interviewer hatten den Befragten die Karten willkürlich geordnet in die Hand zu geben.

1

Gemeinschaft von Staaten,
die nicht viele Gemeinsam-
keiten haben

2

Bringt viele Vorteile für die
Bürger bzw. Verbraucher

1

2

3

Hohe Lebensqualität

4

Garant für Frieden in Europa

3

4

5

Zu viele Mitgliedsländer

6

Große Wirtschaftskraft

5

6

7

Schwerfällig, unflexibel

8

Notwendiger Zusammen-
schluss, um sich gegen
Großmächte wie USA und
China zu behaupten

7

8

6

Viel Bürokratie

9

01

Wird von einigen wenigen Mitgliedern dominiert

10

11

Verschwendet viel Geld

11

12

Risiko für den Wohlstand in Deutschland

12

13

Spielt in der Weltpolitik eine große Rolle

13

14

Weltoffenheit, Toleranz

14

15

Trägt dazu bei, dass das Typische, das Besondere der einzelnen Länder immer mehr verloren geht

15

16

Undurchschaubar, schwer zu verstehen

16